N i e d e r s c h r i f t
SOZ/012/2007

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine am 25.01.2007

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:45 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop	SPD	

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	
Frau Christel Brachmann	CDU	
Frau Christa Gieseke	CDU	
Herr Alfred Holtel	FDP	
Herr Dr. Dietrich Kühn	SPD	
Frau Barbara Meinert	SPD	
Herr Hartmut Wehr	CDU	
Herr Ludger Winnemöller	CDU	

Vertreter:

Herr Raphael Bögge	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Josef Niehues	CDU	Vertretung für Herrn Friedel Theismann
Herr Paul Schortemeyer	CDU	Vertretung für Herrn Wilhelm Stegemeyer

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle

Frau Anna Hölzen

Frau Vivien Schöpker

Herr Heinz Thalmann

Gäste:

Frau Gutbrod
Frau Kartmann

Verwaltung:

Frau Christa Heufes
Herr Hubert Lammerding
Herr Ewald Piepel
Frau Ute Ehrenberg
Herr Ludger Schöpper
Herr Henning Viehoff — Vertretung für Herrn Henrik Mersch

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Frau Iris Rieke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Marcel Tewes	Sozial Liberal

Frau Knoop eröffnet um 17:45 Uhr die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Da die Referentin zum Tagesordnungspunkt 8 „Überbauung der Stellplatzanlage Stadthalle mit einer Altenhilfeeinrichtung" bereits anwesend ist, bittet Frau Knoop darum, diesen TOP bereits zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Hiergegen bestehen von Seiten des Sozialausschusses keine Bedenken.

Öffentlicher Teil:

1. Überbauung der Stellplatzanlage Stadthalle mit einer Altenhilfeeinrichtung
-Vorstellung der Konzeption durch den Betreiber
Vorlage: 025/07

I/A/0050

Die Geschäftsführerin der Betreibergesellschaft PRO TALIS, Frau Gutbrod, stellt an Hand eines beamerunterstützten Vortrages die Konzeption der geplanten Se-

niorenwohnanlage „Am Humboldtplatz" vor.
Im Anschluss daran erläutert die für die Planungen zuständige Architektin, Frau Kartmann von der Plangruppe Möller die Planungsentwürfe der neuen Seniorenwohnanlage.
Die Folien zu diesem Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Herr Erle bittet darum, dass die Betreibergesellschaft PRO TALIS diese Konzeptiion in einer der nächsten Sitzungen des Seniorenbeirates nochmals vorstellt. Dies wird von Frau Gutbrod zugesagt.

Auf Nachfrage von Herrn Winnemöller, wie der Betreiber zukünftig verhindern will, dass sich im Bereich der geplanten Anlage Personen aus dem Stadtstreichermilieu aufhalten, teilt Frau Gutbrod mit, dass die Betreibergesellschaft das Hausrecht für die Anlage ausüben wird. Gegebenenfalls sind dann durch Beteiligung von Ordnungskräften Platzverweise auszusprechen.

Nach einer weiteren intensiven Diskussion, in der unter anderem die Themenfelder

- Sicherheitsvorkehrungen für Demenzkranke
- Personelle Ausstattung des Betreuungspersonals
- Mitarbeit ehrenamtlicher Personen
- Qualitätssicherung durch externe Berater
- Anzahl der Pflegeplätze im stationären und ambulanten Bereich

erörtert werden, nimmt der Sozialausschuss die Informationen zur Überbauung der Stellplatzanlage Stadthalle mit einer Altenhilfeeinrichtung durch die Betreiber PRO TALIS -einstimmig- zur Kenntnis.

2. Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung am 31.10.2006

I/A/3390

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden nicht vorgetragen..

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 31.10.2006 gefassten Beschlüsse

I/A/3400

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Beteiligung der Stadt Rheine an den Kosten nach dem SGB II

Der Rat der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 07. Nov. 2006 der Vereinbarung zwischen der Stadt Rheine, dem Kreis Steinfurt und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Kreis Steinfurt zur Kostenbeteiligung an den kommunalen Kosten im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II einstimmig zugestimmt.

Der Landrat teilt jedoch mit Schreiben vom 08. Jan. 2007 mit, dass eine abweichende Vereinbarung zur Kostenbeteiligung im Sinne einer Stufenlösung jedenfalls vorläufig gescheitert ist.

20 Städte und Gemeinden hatten bis Ende 2006 zustimmende Beschlüsse gefasst. Aus zwei weiteren Gemeinden sind zustimmende Ratsbeschlüsse für Januar 2007 signalisiert worden. Eine Gemeinde hat ebenfalls einer Stufenlösung zugestimmt, dabei allerdings eine verkürzte zeitliche Stufenfolge vorgesehen. Letztlich scheitert die einvernehmliche Regelung jedoch am Beschluss des Tecklenburger Rates, der eine Zustimmung von der Bereitschaft des Kreises Steinfurt abhängig macht, sich bis zu einer zufriedenstellenden gesetzlichen Neuregelung am Defizit bei den Schülerkosten mit mindestens 200.000 € jährlich zu beteiligen. Der Kreis Steinfurt wird diese Bedingung nicht akzeptieren.

Da eine einvernehmliche Regelung nicht zu erzwingen ist, gilt die im Gesetz vorgesehene 50 %ige Kostenbeteiligung. Die gesetzliche Regelung verursacht für die Stadt Rheine Mehrkosten iHv. rd. 290.000 € jährlich.

Für die Zeit vom 01. Juli bis 31. Dez. 2006 hat der Kreis bereits 457.000 € zur Zahlung angefordert. Für die Monate Januar bis März 2007 hat er die Abschlagszahlungen auf der Grundlage einer 50 %igen Kostenbeteiligung auf mtl. 279.000 € festgesetzt. Gegen diesen Bescheid hat die Verwaltung Widerspruch eingelegt und auf die hinlänglich bekannte Position der Stadt Rheine verwiesen. Sollte eine einvernehmliche Regelung nicht mehr möglich sein, wurde ausdrücklich eine besondere Härte für die Stadt Rheine geltend gemacht. Da der Widerspruch nach Auffassung der Verwaltung aufschiebende Wirkung hat, sind Zahlungen bisher nicht erbracht worden.

Sollte eine einvernehmliche Lösung nicht zustande kommen bzw. wird dem Widerspruch seitens des Landrates nicht abgeholfen, wird die Stadt gezwungen sein, gegen die Heranziehung zur Kostenbeteiligung Anfechtungsklage zu erheben.

Herr Niehues gibt zu Bedenken, dass die Vermittlungaktivitäten im Kreis Steinfurt von der GAB wahrgenommen werden. Hierbei hat die Stadt Rheine selbst keine Eingriffsmöglichkeiten. Insofern ist die nun anstehende 50%-ige Beteiligung der Kommunen an den Kosten nicht nachvollziehbar.
Er bestärkt daher ausdrücklich die Verwaltung, die guten Argumente der Stadt Rheine gegen eine solche Lösung notfalls vor Gericht durchzusetzen.

4. Informationen

I/B/0810

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Verleihung des Integrationspreises

Mit dem Integrationspreis sollen ehrenamtliche Tätigkeiten zur Förderung der Integrationsarbeit in Rheine geehrt werden.

In diesem Jahr wird der Preis „Vorbildliche Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in Rheine", so der Titel der vom Sozialausschuss beschlossenen Richtlinien, an **zwei** Institutionen verliehen.

Eine Jury aus Mitgliedern des Integrationsrates und des Sozialausschusses sprach den mit 1000,- € dotierten Preis zu gleichen Teilen dem Aussiedlerverein „Kulturhaus Neubürger in Rheine" und dem Ehepaar Cäcilia Theuermann-Kusenack und Ernst Kusenack vom „Arbeitskreis für Toleranz und Bleiberecht Rheine" zu, wobei der Aussiedlerverein für die Wichtigkeit der kulturellen Integration und der Arbeitskreis für die politische Dimension von Integration stehen soll.

Die Preisverleihung findet am 11. Februar im Bürgersaal des Falkenhofes um 11:00 Uhr statt.

Alle Mitglieder des Sozialausschusses sind hierzu herzlich eingeladen.

Modellprojekt „Förderung von Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren"

Der Landesjugendhilfeausschuss beim Landschaftsverband Westfalen Lippe hat in seiner Sitzung am 14. 12. 2006 beschlossen, ein Modellprojekt mit dem Arbeitstitel „Förderung von Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren" zu starten. Anzumerken ist, dass mit den bislang bekannten Förderrichtlinien die zusätzlichen Betreuungsbedarfe für Kinder mit Behinderungen ab Vollendung des 3. Lebensjahres abgedeckt werden. Mit dem Modellprojekt sollen erstmalig auch Kinder mit Behinderungen gefördert werden, **die noch keine 3 Jahre alt sind**.

Der Landschaftsverband wird die Spitzenverbände und die Einrichtungen, die bereits Erfahrungen bei der Arbeit mit behinderten Kindern gesammelt haben, über das Modellprojekt informieren. Für die Teilnahme am Modellprojekt können sich die einzelnen Einrichtungen beim Landschaftsverband bewerben.

Aktion „Barrierefreies NRW"

Das Kernziel der Arbeit der Landesbehindertenbeauftragten, Frau Angelika Gemkow, ist ein „NRW ohne Barrieren". Um der Erreichung dieses Ziels schrittweise näher zu kommen, hat die Landesbehindertenbeauftragte (LBB) zwei Aktionen gestartet:

Aktion Arztpraxen

Mehr Arztpraxen in NRW sollen künftig barrierefrei sein. Dies ist das Ziel der Aktion. Mit medienwirksamen Vor-Ort-Terminen macht die LBB auf die Barrieren aufmerksam, auf die Menschen mit Behinderungen bei Arztbesuchen stoßen. In Gesprächen mit Ärzten, Krankenkassen und der Inmobilienwirtschaft werden Wege gesucht, um bestehende Barrieren abzubauen.

Aktion Postkarten

Die Landesbehindertenbeauftragte gibt eine Postkartenserie heraus. Mittels Karikaturen soll auf Probleme aufmerksam gemacht werden, auf die Menschen mit Behinderungen im Alltag stoßen. Auch die Mitglieder des Landesbehindertenrates wurden angesprochen, diese Aktivität zu unterstützen, indem sie in ihren eigenen Medien auf diese Aktion hinweisen.

Antrag der SPD-Fraktion vom 03. Dez. 2006

Es liegt ein Antrag der SPD-Faktion vom 03.12.2006 zur Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzepts vor, der folgende Punkte enthält:

- Evaluation des Migrationskonzepts von 2003 und Erstellen von aktuellen Statistiken
- Einberufen einer „AG Arbeit" u.a. zur Organisation eines Projekts „Ausländische Betriebe bilden aus" (Abba)
- Beantragung von EU-Mitteln für das o. g. Projekt „Abba"

Die Evaluation des Migrationskonzepts von 2003 wird von der Kerngruppe des Netzwerkes (= Migrationsbeauftragter, Vorsitzender Integrationsrat, Projektgruppe Migration, VHS, Caritas-Migrationsdienste) erarbeitet.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde an die Wirtschaftsförderung weitergeleitet. Dort erfolgt zurzeit die Vorbereitung der Arbeitsgruppe mit ersten Kontakten zu potenziellen AG-Teilnehmern und dem Erfassen von ausländischen Arbeitgebern, die potentiell ausbilden könnten.

Im Internet wird derzeit ein „Jobstarter-Projekt" mit Namen „ABba" (Ausländische Betriebe bilden aus) für die Wirtschaftsregion Stuttgart in gemeinsamer Trägerschaft von dortiger Caritas und IHK, gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (inklusive EU-Fördermitteln), publiziert. Die „AG Arbeit" wird sich mit der Frage befassen, ob und ggfls. wie dieses Projekt auf die Stadt Rheine zu übertragen ist.

Als weitere Information stellt Frau Ehrenberg dem Ausschuss die weitere Arbeits- und Projektplanung für das Jahr 2007 vor.
Die Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Unter dem Blickwinkel, dass in einer der letzten Sitzungen bereits über die Arbeit der geriatrischen Abteilung des Jakobi-Krankenhauses berichtet wurde, regt Frau Brachmann an, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses die geriatrische Abteilung des Jakobi-Krankenhauses zu besichtigen.

Da in der Ausschusssitzung am 15.05.2007 u.a. das Thema „Kompetenzzentrum Demenz im Alfonsushaus auf der Tagesordnung stehen soll, schlägt Frau Knoop vor, diese Sitzung im Alfonsushaus abzuhalten.

5. Informationen aus dem Integrationsrat

I/B/1880

Frau Schöpker berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

6. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

I/B/2130

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

7. Informationen aus dem Seniorenbeirat

I/B/2170

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

8. Informationen aus dem Familienbeirat

I/B/2560

Frau Hölzen berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

9. Konzeptionelle und organisatorische Veränderungen in den städtischen Einrichtungen Vorlage: 034/07

I/B/2650

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Sie weist darauf hin, dass die Umstrukturierung der städtischen Einrichtungen zu einer Sicherung der verbleibenden Standorte führen wird, da der Ausnutzungs- und Kostendeckungsgrad erhöht wird.

Nach kurzer Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Umstrukturierung und Neuorganisation der städtischen Einrichtungen Kremer Haus, Wohngruppe für junge Erwachsene und den Treff 100 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 - 2010 des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Soziales Vorlage: 062/07

I/B/2900

Herr Schöpper erläutert die Vorlage.

Herr Niehues bittet die Verwaltung zukünftig darauf zu achten, dass den einzelnen Produktplänen ein Erläuterungsbericht begefügt wird, aus dem sich ergibt, warum sich möglicherweise die Personalkostenansätze verändert haben. Andernfalls ist eine produktorientierte Steuerung nur schwer möglich.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, das Budget des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Soziales - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Beratung Stellenplan 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Soziales Vorlage: 037/07

II/A/0250

Herr Schöpper macht Anmerkungen zur Vorlage der Verwaltung.

Herr Niehues weist darauf hin, dass hinsichtlich der Stellenanzahl geringe Abweichungen zwischen dem produktorientierten Haushaltsplan einerseits und dem Stellenplan anderseits bestehen. Er bittet die Verwaltung die Gründe für diese Differenzen zukünftig durch entsprechende Erläuterungen transparent zu machen.

Herr Schöpper erläutert hierzu, dass die Unterschiede dadurch bedingt sind, dass in den Produktplänen alle Mitarbeiter aufgeführt sind; also auch dort eingesetzte Auszubildende und Praktikanten; im Stellenplan hingegen werden nur Mitarbeiter aufgeführt, die auch tatsächlich eine Stelle haben.

Abschließend fasst der Sozialausschusss folgenden Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Soziales - mit den in Ziffer 1.3 erläuterten Änderungen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/A/0670

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

II/A/0680

Auf Grund der ansteigenden Zahl von Seniorenheimen regt Frau Gieseke die Erstellung eines Seniorenheimvergleiches an.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass die Zuständigkeit hierfür beim Kreis Steinfurt liegt. Man könne die Anregung an den Kreis Steinfurt weitergeben.

Herr Erle gibt zu Bedenken, dass es mit der Erstellung eines solchen Vergleiches nicht getan ist. Viel aufwendiger ist in diesem Zusammenhang die Pflege und Fortschreibung des Datenmaterials.

Ende der Sitzung: ***19:45 Uhr***

Knoop Ausschussvorsitzende	Viehoff Schriftführer